

## KOMMENTAR

## Was bringen Umfragen?



MARTIN RÜMMELE

Österreichs Sozialversicherung ist als Selbstverwaltung organisiert. Das bedeutet, dass die Versicherten – also wir alle – die Kranken- und Pensionskassen selbst steuern. „Wie bitte?“, fragen Sie. Ihr Einfluss auf die Kassen sei nicht möglich gewesen? Weder wenn es um die Höhe der Beiträge ging, noch um den Umfang der Leistungen oder Präventionsprogramme wurden Sie gefragt und konnten nicht mitreden?

Verwaltet werden die Kassen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern – also jenen, bei denen die Beiträge abgezogen werden. Diese Vertreter wählen wir sogar – aber ohne, dass wir es merken oder gar bewusst tun. Wir wählen sie über Arbeiterkammer- und Wirtschaftskammerwahl und diese Organisationen entsenden dann Funktionäre, die für uns die Kassen führen. Ach ja: die Sozialversicherungsgesetze inklusive Beiträge fixiert der Gesetzgeber. Echte Selbstverwaltung sieht anders aus.

So gesehen ist die Urbefragung der Versicherten in der Selbstständigenkasse SVA ein Meilenstein. Über die Art der Fragen kann man streiten, auch dass sie von jenen nur indirekt gewählten Funktionären ausformuliert wurden. Bei aller Zustimmung sollten sie den Unmut der – vor allem vielen kleinen – Versicherten, nicht ignorieren. Es gibt ihn und es braucht Reformen.

**Sozialversicherung** Selbstständige halten an Selbstbehalt fest, wollen aber Beitragssenkung bei gesundem Lebensstil

# SVA-Befragung: Vorsorge statt Reparaturmedizin

Kassen-Obmann Christoph Leitl will Präventionsprogramm „Selbstständig Gesund“ fix verankern.

CHRISTIAN BERNHARD

Wien. Erstmals befragte eine österreichische Sozialversicherung ihre Mitglieder umfassend und sparte dabei auch heikle Themen nicht aus (health economy berichtete). Nun wurden die teilweise überraschenden Ergebnisse präsentiert: 118.600 Versicherte haben die Chance wahrgenommen, sich zu den gestellten Fragen der Urbefragung der Sozialversicherung der gewerblichen Wirtschaft zu äußern, die als Sozialversicherungsträger für Österreichs Unternehmerinnen und Unternehmer rund 700.000 Versicherte betreut – mit aktiv im Erwerb tätigen 300.000 Gewerbetreibenden und 60.000 Freiberuflern.

SVA-Obmann und WKO-Präsident Christoph Leitl versicherte bei der Präsentation der Ergebnisse am Mittwoch, dass „von der ersten Sekunde an klar war, dass das Ergebnis der Urbefragung – egal wie es aussieht – für uns ein Umsetzungsauftrag sein wird.“

## SVA soll Vorsorgekasse sein

Als Spitzenreiter der Wünsche, sprach sich eine Mehrheit von 58% der Versicherten dafür aus, dass Vorsorge höchste Priorität habe und belohnt werden solle. Er sieht darin die eingeschlagene Richtung der SVA – Vorsorge ist besser und billiger als heilen – eindrucksvoll bestätigt. Da aktuell nur etwa zwei Prozent der aufgebrachtten Mittel der Kassen für die Vorsorge eingesetzt würden, wolle, betonte Leitl, die SVA deshalb eine Vorreiterrolle in Österreich einnehmen, um sich als Gesundheitsvorsorge- und nicht als Krankenreparaturanstalt zu etablieren.

Das Präventionsprogramm „Selbstständig Gesund“ der SVA



SVA-Obmann und WKO-Boss Christoph Leitl rief Versicherte zur Urbefragung; 118.600 von 700.000 Selbstständigen antworteten.

würde deshalb auch vom Pilotprojekt in den Regelbetrieb übergeführt.

„Unverändert bleibt jedoch, dass dieses Angebot auf Freiwilligkeit basiert und mit einem Bonus-System belohnt wird“, versprach Leitl.

Durchaus überraschend war das Votum der Versicherten bei der Frage nach dem dort geltenden Selbstbehalt. 82,9% sprachen sich für die Beibehaltung des Selbstbezugs aus und damit sehr deutlich gegen eine Beitragserhöhung, die als Alternative angeboten wurde.

Deutlich auch die Abstimmung zur Frage der gestaffelten Versicherungsbeiträge: 79,5% stimmten dafür, dass die Versicherungsbeiträge nach dem Einkommen gestaffelt bleiben sollen und damit auch die Beiträge der Versicherten mit

geringem Einkommen aufrechterhalten werden sollen.

Dass das Verhältnis der Versicherten zur SVA als bürokratische Organisation nicht ganz so positiv ist, lassen die Zahlen der Urbefragung jedoch ebenfalls herauslesen.

## Hilfe bei Zahlungsproblemen

Nur 9,3% der Befragten wollen die Tätigkeit des Ombudsmanns ausgebaut sehen. Lediglich 9,6% wollen mehr regionale Sprechstunden und sogar eine längere telefonische Erreichbarkeit der SVA-Mitarbeiter wird nur von 14,3% der Befragten gewünscht. Die Bürokratie der SVA lässt also offenbar noch Wünsche offen, was

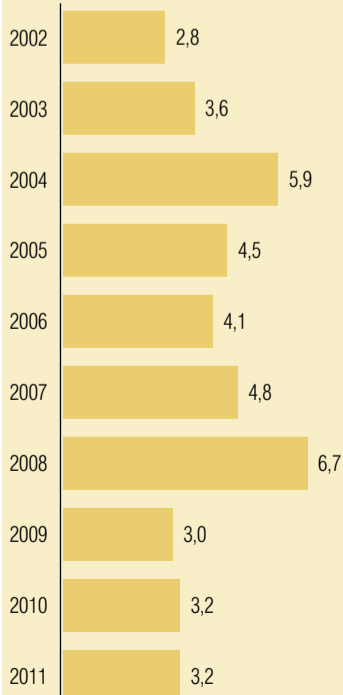
den stellvertretenden SVA-Obmann Peter McDonald erklären lässt, dass die SVA in diesem Bereich „noch etwas Luft nach oben“ habe.

Als Kernaufträge aus der Befragung lesen Leitl und McDonald heraus, dass die Versicherten die Vorschreibungen der Beiträge besser verstehen und besser nachvollziehen können wollen (50,8%), geringere Beiträge zahlen wollen (58,3%), wenn sie einen gesunden Lebensstil nachweisen, sich eine Ausnahme von der Pflichtversicherung bei geringen Einkünften und bei Mehrfachversicherung wünschen (29%) sowie eine schrittweise Senkung der Mindestbeiträge und größere gesetzliche Spielräume bei individuellen Zahlungsschwierigkeiten (25,4%).

## GRAFIK DER WOCHE

### ZUWACHS DER SPITALSKOSTEN

#### Jährliche Steigerung der Kosten für öffentliche Spitäler in Prozent



Gesamtkosten 2011: 11,4 Mrd. €

Quelle: APA/Gesundheitsministerium; Grafik: APA/Raimund Appl

**Reaktionen** Diskussion um Selbstbehalte ist nach der SVA-Urbefragung wieder voll entflammt

## Lob und Kritik an Versicherten-Befragung

Wien. Scharfe Kritik an der SVA-Urbefragung kommt von Volker Plass, Bundessprecher der Grünen Wirtschaft. Plass erklärt, es handle sich um eine „selbstgestrickte Urbefragung der SVA, die ein gewünschtes Sensationsergebnis liefere, in fast nordkoreanischer Dimension“. Es sei in der Befragung nach der Abschaffung der Selbstbehalte gefragt worden und im Gegenzug dazu eine Erhöhung der Versicherungsbeiträge angeboten worden. Dass hierauf die Mehrheit der gesunden Versicherten, für die Selbstbehalte nicht ins Gewicht fallen, mit Nein antworten würde, sei nicht verwunderlich.

Als Alternative zur Abschaffung der Selbstbehalte seien selbstverständlich keine Beitragserhöhung vorzusehen, so Plass, sondern Einsparungen in der aufgeblähten Verwaltung des Gesundheitssystems. Plass zeigt sich verärgert, dass nicht darauf eingegangen wurde, wie Einkommensschwache und Kranke das Thema des Selbstbezugs sehen und folgert, dass es hier zu einer „zynischen Abstimmung der Mehrheit über die betrof-

fene Minderheit“ gekommen sei.

Eine „unehrliche Fragestellung beim Thema Selbstbehalt“ ortet auch der Präsident des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes, Christoph Matznetter. Vor allem die Daten zum Thema Selbstbehalt würden keine erhellenden Ergebnisse bringen. „Würde man die Mitglieder mit einer ehrlichen Fragestellung befragen, käme sicher ein anderes Ergebnis heraus. Diese



Volker Plass (Grüne) kritisierte Fragestellung in SVA-Urbefragung.

zynische Fragestellung halte ich für eine Beleidigung alle jener, die mit niedrigem Einkommen auskommen müssen“, kritisierte Matznetter.

Martin Gleitsmann, Leiter der Abteilung für Sozialpolitik und Gesundheit in der Wirtschaftskammer Österreich (WKO), zeigt sich hingegen erfreut, dass so viele Unternehmerinnen und Unternehmer die Chance der aktiven Mitgestaltung durch Teilnahme an der SVA-Urbefragung wahrgenommen haben.

## Lob von Patientenanwalt

In die gleiche Richtung argumentiert NÖ-Patienten- und Pflegeanwaltschaft Bachinger: „Das hohe Beteiligungsergebnis kann nur ein deutliches Signal an alle Träger sein.“ Die Initiative, erstmalig eine Urbefragung durchzuführen, entspreche der Forderung der Patientenpartizipation und dem Geist eines selbstbestimmten Zugangs zum Gesundheitssystem. „Wer es ernst meint mit Patientenautonomie, der kommt an Instrumenten der Mitbestimmung nicht vorbei.“

Kritik kommt auch von der EPU-Vereinigung „Amici delle SVA“: Im Vorfeld habe Leitl die Befragung argumentiert, um sich gezielt für die Anliegen der 240.000 Ein-Personen-Unternehmen einsetzen zu können. „Nun befragte die SVA alle Mitglieder und erhob nicht die Betriebsgröße. „Somit fand keineswegs eine spezifische EPU-Befragung statt. Kein Wunder, dass 78% gar nicht teilnahmen.“ (bern)



Christoph Matznetter (SPÖ) vermisst „erhellende Ergebnisse“.